

Einmal täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abfertigstellen und der Expedition abgeschloßt 20 Pf. Vierteljährlich 20 Pf. frei ins Haus, 50 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,80 M. pro Quartal, mit Briefzählerbeiträge 1 M. 62 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Reiterhagengasse Nr. 4 XX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten - Annahme
Reiterhagengasse Nr. 4
Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vor-
mittags von 8 bis Nach-
mittags 7 Uhr geschlossen.
Auswärt. Annonen-Agen-
turen in Berlin, Hamburg,
Frankfurt a. M., Stuttgart,
Leipzig, Dresden, N. ic.
Hubert Moos, Hainleitew
und Vogler, R. Steiner,
G. v. Dauke & Co.
Emil Kreidner.
Inseraten für 1 spaltige
Zeile 20 Pf. Bei grösseren
Aufträgen u. Wiederholung
Rabatt.

Wegen des Himmelfahrtsfestes erscheint die nächste Nummer unserer Zeitung am Sonnabend, 18. Mai, Morgens.

Die Stadtverordneten-Versammlung

Am Dienstag Nachmittag die am Freitag verlagte Sitzung fort. Den Vorsitz führte auch diesmal Herr Berenz, der Magistrat war ebenso zahlreich wie in jener Sitzung vertreten. Die Verhandlung setzte wieder bei der Biersteuer-Vorlage ein, kam aber über den § 1 der aus 13 Paragraphen bestehenden Biersteuer-Ordnung nicht hinaus.

Stadtpräsident Schmidt erklärte, daß er der Meinung gewesen sei, daß eine Commissionsberatung nötig sei, da im Plenum die Debatte nicht zu Ende geführt werden könnte. Sollte gleichwohl im Plenum weiter beraten werden, so müsse er bei § 1 mit „nein“ stimmen. Jedenfalls aber müßte man, wenn man eine Steuer einführen wolle, nicht gleich den höchsten Satz nehmen. Man sollte mit einem kleineren Sache den Anfang machen und deshalb beantrage er die Abgabe zunächst auf 25 Proc. der Reichsbrauerei und den Maximalatz der Einfuhrsteuer auf 33 Pfennig pro Hektoliter zu normieren.

Stadtpräsident Chlors: Ich bitte, diesen Antrag jedenfalls abzulehnen. Wenn man der vorgeschlagenen Biersteuer einen Mangel nachsagen könnte, so sei es der, daß die Gesetzgebung es verhindert, sie höher zu normieren. Das können wir leider nicht ändern. Der Bölltarifvertrag von 1867, der in unserer nationalen Entwicklung schon eine außerordentliche Rolle gespielt hat, hat leider die Kompetenz der Gemeinden auf neuem Gebiete erheblich beschränkt und verhindert die Gemeinden, die nicht schon vorher die Biersteuer hatten, oder die wie im Elsass nicht unter das Gesetz fallen, die Biersteuer nicht höher als 50 Proc. der Verbrauchsabgabe, d. i. 65 Pf. für den Hektoliter — 2½ Pf. für das Liter anzunehmen. Wenn man gerecht sein will, so muß man anerkennen, daß dieser Steuersatz den Mangel hat, die Abwälzung auf die Consumen zu verschaffen, und daß diese Biersteuer nicht das bringt, was sich die Finanzverwaltung von ihr verspricht. Wenn Herr Schmidt uns in die Lage bringen könnte, über den vorgeschlagenen Steuersatz hinauszugehen, damit wir mehr als 100 000 Mk. erzielen, so würde ich das für sehr wünschenswerth halten. Einer der wesentlichen Gründe, die uns 1894 bei unserer Finanzreform abhielten, die Biersteuer in Vorschlag zu bringen, war eben dieser, daß man von ihr nur 80—100 000 Mk. erwarten kann. Nun, wenn die Hochschüler erst hier sein wollen und mehr getrunken werden wird, wird es ja vielleicht noch etwas mehr werden. Wir haben also damals die Steuer abgelehnt und würden es auch heute thun, wenn wir überzeugt wären, daß wir uns so weiter helfen könnten, ohne daß wir zu einer erheblichen Mehrbelastung der directen Steuer kommen. Ich will nicht verhehlen, daß ich mehr auf directe Steuern als auf indirekte Steuern Werth lege, aber wir sind in der Gemeindevertretung ohne Einfluß auf die Gestaltung der Steuerverhältnisse im Reiche. Wenn es nur eine Steuer gebe, die directe, so wäre es sicherlich viel besser, denn schließlich kommen doch alle Steuern aus einer Quelle und es wäre viel richtiger, wenn jeder Cent genauso wüßte, was er zahlt. Aber die menschliche Schwäche würde das sehr übernehmen und das ist der Gesichtspunkt, der für uns eine außerordentliche Rolle spielt. Es ist die Konkurrenz mit anderen Städten, die in dieser Hinsicht günstiger gestellt sind als wir. Gerade die Herren Hausbücher wissen, daß es nicht gleichgültig ist, welche Procentzähe der directen Steuern erhoben werden. Wir sind nun leider schon so hoch, daß wir die Konkurrenz mit anderen Städten wie Berlin, Frankfurt,

Wiesbaden und selbst Breslau nicht halten können. Seit 1895 haben wir versucht, die Procentzähe zu reduzieren, was uns bis auf 188 Proc. gelungen ist — freilich ist dabei wohl öfter der durch die Declaration herbeigeführte höhere Steuersatz zu berücksichtigen — wir haben uns durchschlagen versucht, um so lange als irgend möglich die Frage einer Erhöhung der directen Steuern hinauszuschieben. Ich erinnere Sie auch daran, daß eine Menge von grösseren Unternehmungen beschlossen sind, die notwendig sind und übereinstimmend von Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung als solche anerkannt worden sind. Redner zählt die hauptsächlichsten, aus den Ausführungen des Oberbürgermeisters vom Freitag bekannten Vorlagen auf. Die glückliche Entwicklung unserer Erwerbsverhältnisse, so weit sie sich in den Steuern ausdrücken, haben uns in den letzten Jahren ermöglicht, trotz des Defizits, das wir in den Staats hatten, unseren Betriebsfonds allmählich auf 900 000 Mark anzuwachsen. Davon sind 330 000 Mk. für das neue Jahr bereits disponirt, so daß wir nur noch 570 000 Mk. mit hinübernehmen. Es ist möglich, daß der Final-Abschluß pro 1900 ergiebt, daß wir in diesem Jahre nicht soviel brauchen, als wir als Zehlfreibetrag gerechnet haben. Auf die früheren Mehrerträge ist aber wohl nicht mehr zu rechnen; wir werden froh sein können, wenn wir keinen weiteren Rückgang haben. Wir können also von unserem Fett nicht mehr zehren. Wir müssen uns durchschlagen, bis die Unternehmungen, die wir jetzt begründet haben, den erhofften Nutzen bringen. Bis dahin können wir uns auf zwei Wegen helfen: entweder durch Erhöhung der Einkommensteuer-Zuschläge, mit der aber auch eine Erhöhung der Zuschläge auf die Gewerbe- und Gebäudesteuer gleichgehen muß, weil uns in dieser Beziehung das Kommunalabgaben-Gesetz bindet. Die entstanden großen Bedenken hinsichtlich einer gebedeckten Entwicklung der Stadt. Wenn auch im nächsten Jahre der Staat vielleicht noch ohne Erhöhung balanciren läßt, so von 1903 gewiß nicht mehr, weil von da zu den ca. 400 000 Mk. Mehraufwand, der uns sicher bevorsteht, noch eine Erhöhung des Schuldenentlastungsetats um 200 000 Mk. kommt. Dann besteht die Gefahr, daß die Reichsbiersteuer zur Thatache wird und den Gemeinden auch das Ausflugsmittel dieser indirekten Steuer genommen wird. Ich will bekennen, daß ich persönlich kein Anhänger der Biersteuer war und auch noch nicht bin. Ich habe sie nur relativ behandelt vom Standpunkt des grösseren oder geringeren Uebels. Es sei eingewandt worden, die Biersteuer belästige den Verkehr. Die hier vorgeschlagene Form bedeutet aber keine wesentliche Belästigung. Was ruht es übrigens den Censiten, wenn die Stadt Danzig sie in Ruhe läßt, der Staat und das Reich es aber nicht thun? Wenn man bedenkt, welche Controle die Steuerzahler von Staatswegen über sich ergehen lassen müssen, so wird man unsere Vorschläge wohl kaum für eine wesentliche Belästigung halten können. Ich bin derjenige gemessen, der im Magistrat dahin gebracht hat, jetzt und zwar schleunigst diese Vorlage zu machen, weil, wenn eine Biersteuer kommen soll, dies vor dem 26. November d. J., wo der Reichstag wieder zusammentritt, geschehen muß. Es kann niemand in die Zukunft schauen, aber die Anzeichen sind vorhanden, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages eine Reichs-Biersteuer durchgehen wird. Ueber die Schwierigkeiten, die in dem Verhältnis zu den Südbundstaaten liegen, wird man schon hinwegkommen. Wir müssen deshalb jetzt zugreifen, um uns die Chancen zu wahren, denn ich halte es für ausgeschlossen, daß Zuschläge zu einer Reichs-Biersteuer gültig sein werden. Es handelt sich doch immerhin um jährlich mindestens 80 000 Mk. Wenn wir nicht die Realsteuern erhöhen wollen, so müssen wir für die Biersteuer eine Erhöhung der Wohnungssteuer eintreten lassen. Würden Sie aber von der zulässigen Höhe der Biersteuer nur die Hälfte annehmen, so würde das den Schweinen der Edlen nicht werth sein. Bisher hat man noch überall geklagt, daß die Biersteuer zu

niedrig sei, und keine Stadt ist unter den hier in Rede stehenden Sach zurückgegangen.

Der Vorsitzende verliest darauf die schon erwähnte Petition des Danziger Vereins der Gastwirthe, der im Namen der hiesigen Gastwirthe bittet, die Magistrats-Vorlage abzulehnen.

Stadtpräsident Hardtmann: Die Ausführungen des Herrn Kämmerers waren allgemeiner Natur. Wenn der Herr Kämmerer jedoch sagt, es sei müßig, zu untersuchen, aus welchen Tafchen eine Steuer getragen würde, denn zuletzt würde sie doch getragen von dem gesamten Erwerb, so müsse er dem widersprechen. Bei der Biersteuer trifft es f. B. nicht zu. In den bisherigen Verhandlungen sind wir zu der Aderheit gekommen, daß der Steuersatz zu minimal ist, um dem Zwischenhandel zu ermöglichen, durch einen Zuschlag die Steuer auf den Consumen abzuzäumen. So müssen denn für einen unbestimmten Zeitraum die Bierbrauer und die Gastwirthe die Steuer aufbringen. Wenn bei uns wie in Königsberg nur drei große Aktienbrauereien wären, welche die Steuer zu tragen hätten, würde sich die Sachlage wesentlich anders gestalten. Hier liegt es aber anders. Ich bin unterrichtet worden durch Interessenten, die ohne mein Zuhören oder mit Unterblaukodieren produzieren. Es wäre darum eine Härte, wenn man den Leuten zumutete, von ihrem Vermögen die Steuer zu bezahlen. Auf diesem prinzipiellen Punkt möchte ich besonders aufmerksam machen. Redner giebt zu, daß es der Allgemeinheit nicht wesentlich schaden würde, wenn ein Theil der kleineren Existenz, die sich dem Wirthschaftsgewerbe gewandt haben, gezwungen wäre, sich nach anderen Erwerbsmeißen umzusehen; es frage sich aber, ob für alle diese Existenz ein Unterkommen geschaffen werden könnte und ob nicht vielleicht dieselben der Armenpflege zur Last fallen würden. Er bitte dringend, die Sache nicht so rasch zu erledigen. Wenn wir zur Beratung der einzelnen Bestimmungen kommen, werden sich so viele Bedenken einstellen, daß wir aus den endlosen Debatten gar nicht mehr herauskommen werden. Er wiederhole deshalb seinen Antrag vom vorigen Freitag, eine Commissions-Vorberatung vorzunehmen. In Bezug auf die Zusammenfassung der Commission würde er sich bescheiden.

Stadtpräsident Schmidt: Darin sind wir uns einig, daß wir Geld brauchen. Nach den Ausführungen des Herrn Kämmerers reichen jedoch auch die 80 000 Mk. nicht und wir werden deshalb noch zu weiteren indirekten Steuern greifen müssen. Es wäre notwendig gewesen, in die Commissionsberatung einzutreten, dann hätten wir manches heute nicht zum wiederholten Male gehört. Der Oberbürgermeister habe in vorheriger Sitzung auf Zeitungsausschüsse zurückgegriffen. In den Berichten gäbe sich oft eine verschiedene Auffassung der Ausführungen von Rednern kund, auch könnten sie ja nicht alles Gefüge wiedergeben. Der Kämmerer habe am 29. November v. J. die beruhigende Versicherung gegeben, man werde, so lange es geht, mit den bestehenden Steuern auskommen suchen. (Heiterkeit.) Wenn solche Erklärungen abgegeben werden, kann man nicht annehmen, daß schon irgend etwas geschehen ist. Es kann niemand in die Zukunft schauen, aber die Anzeichen sind vorhanden, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstages eine Reichs-Biersteuer durchgehen wird. Ueber die Schwierigkeiten, die in dem Verhältnis zu den Südbundstaaten liegen, wird man schon hinwegkommen. Wir müssen deshalb jetzt zugreifen, um uns die Chancen zu wahren, denn ich halte es für ausgeschlossen, daß Zuschläge zu einer Reichs-Biersteuer gültig sein werden. Es handelt sich doch immerhin um jährlich mindestens 80 000 Mk. Wenn wir nicht die Realsteuern erhöhen wollen, so müssen wir für die Biersteuer eine Erhöhung der Wohnungssteuer eintreten lassen. Würden Sie aber von der zulässigen Höhe der Biersteuer nur die Hälfte annehmen, so würde das den Schweinen der Edlen nicht werth sein. Bisher hat man noch überall geklagt, daß die Biersteuer zu

noch manche andere Projekte zur Besteuerung aufgetaucht, z. B. eine Fahrkartensteuer der Straßenbahn mit 1 Pf. eine Automatensteuer u. a. Redner ist der Meinung, wenn hier ein Industriezweig belastet werden soll, so sei das nicht in Einklang zu bringen mit den übrigen Bestrebungen auf Hebung der Industrie. Als in vorheriger Sitzung der Herr Kämmerer nicht anwesend war, habe er geglaubt, er sei ein Gegner der Biersteuer. Im Abgeordnetenhaus habe er gegen die Biersteuer gestimmt und gegen den Brodwucher gesprochen. Hier könnte man von Bierwucher sprechen, denn Bier ist ein ebenso langer Consumartikel wie Brod. (Heiterkeit.) Der eine spült sich das Essen mit Bier herunter, der andere mit Wasser oder Brantwein. Es sei ihm lieber, wenn es mit Bier geschehe als mit Brantwein. Da der Magistrat immer erwähnt, daß die Steuer 70—80 000 Mk. bringen werde, so könnten wir heute mit einer Steuer von 25 Proc. anfangen. Wenn dann die Brauer sagen, sie könnten noch mehr leisten (Heiterkeit). So könnte ja die Steuer erhöhen.

Oberbürgermeister Delbrück: Wenn ich recht verstanden habe, so wird Herr Schmidt bei jedem der einzelnen Paragraphen der Vorlage so lange reden, daß wir zu keinem Schluss kommen. Er könnte dies nicht verhindern, möchte dann aber auf solche Wiederholungen nicht mehr antworten. Was die Ausführungen des Herrn Hardtmann betrifft, so habe man in Braukreisen gefragt: Weil der Oberbürgermeister auf einige Wochen auf Urlaub gehen will, soll die Vorlage überw. Anreise gebrochen werden. Dies müsse er der Stadtverordnetenversammlung anheimgeben. Sachlich möchte er noch bemerken, er sei fest davon überzeugt, daß die Herren, nachdem die Commissionsberatung stattgefunden, ebenso wenig in der Lage sein werden, die einzelnen Momente anders zu erwägen, die für das Für und Wider belastend sind. (Stadtpräsident: Zahlung.) Herr Fischer ruft mir zu: „Zahlung“; die würden allein nicht genügen. Es haben hier bisher fast nur Herren gesprochen, die gegen die Biersteuer Bedenken haben. Wenn man die Ausschüsse der verschiedenen Redner hört, wenn man die verschiedenen Eingesandten in den Zeitungen gelesen hat, so kann man sagen, daß jeder über die Wirkung der neuen Steuer, über ihre wirtschaftlichen Folgen, eine andere Meinung hat. Die Brauer sagen, die Wirths münzen die Steuer tragen, die Wirths sagen umgekehrt. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Steuer ein Mittel sein soll, die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Brauereien stehen, zu sanieren. Alle die verschiedenen Ausschüsse lassen sich schwer beweisen. Die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Im großen und ganzen wird sich die Steuersumme nicht auf einen Gewerbebetrieb konzentrieren, sondern verteilen und es wird sich genau das ergeben, was sich auch in anderen Städten bei Einführung der Biersteuer ergeben hat: daß weder die Brauer noch die Wirths zu Grunde gehen. Die Brauereien werden sich durch Coalition über die Schwierigkeiten hinwegsehen. Sie wünschen Commissionsberatung, weil vielen von ihnen der Entschluß schwarz wird. Redner meint, daß eine solche Beratung eine Alarung nicht bringen werde. Die Vorlage des Magistrats ist mit einem solchen umfassenden Material wie selten eine und im Einvernehmen mit den Brauereien ausgearbeitet worden, welche auch ihre prinzipiellen Bedenken mir gegenüber zum Ausdruck gebracht haben. Trotzdem die Brauer schon seit Monaten gewußt haben, daß die Steuer in Aussicht steht, ist nichts dagegen gethan worden. Sie haben einmal mit mir und dann mit dem Decernenten verhandelt. Die Bedenken, die sie jetzt in die Reihen der Stadtverordneten getragen haben, werden die Sache nicht klären. Die Sache ist zu durchsichtig gemacht; in letzter Stunde wurde eine Agitation entfaltet, um die Vorlage zu Fall zu bringen. Wünschen Sie eine Commissionsberatung, so muß ich Ihnen den Beschluß darüber anheimziehen. Ob dabei aber, viel herauskommen wird, ist eine andere Frage.

Stadtpräsident Chlors: Ich möchte ein Mißverständnis

destens auffällig war, daß morgen früh der Hausknecht und die Kellner ihren Spott mit der wunderbaren Belehrung treiben könnten, stell ihm garnicht ein, dem großen Rinde.

Er sandt es so sinnig, das Blumenopfer!

XXXIV.

Sonntag war's, ein strahlend heller Sonntagmorgen, der lezte in Maloja. Morgen wollten Gisela und Sonja, in Begleitung von Otto Weinbauer und Dr. Wehrli, nach Pontresina überseilen, während Renate die Heimreise über Chur anzutreten gedachte.

Den letzten Maloja-Tag wollten Gisela und ihr Freund noch zu einer gemeinsamen Besteigung des Piz Lunghino benutzen.

„Die Götter sind uns gnädig“, sagte Gisela, als sie das Hotel verließen.

Aber Otto machte ein bedenkliches Gesicht.

„Ich fürchte, es ist eine tückische Gnade. Wenn der Morgen den Mund gar zu voll nimmt von hässlichen Versprechungen, pflegt er selten Wort zu halten.“

„Nun, ich bin wetterfest“, erklärte sie, fröhlich an ihrem schlanken dunkelgrünen Lodenkleid hinuntersehend. Entzückt ruhten seine Blicke auf der schlanken, kräftigen Gestalt und dem reizvollen Gesicht, das so jung und frisch unter dem breiten Rand des Matrosenhutes hervorsah. Ein prächtiges Geschöpf!

Langsam auf steilem Sichthoch-Tiefspfad stiegen sie den Berggrücken westlich von Maloja empor.

Dann und wann blieben sie stehen, um Rückschau zu halten auf das, in klares Frühlicht getauchte, farbenfeste Hochtal mit seinen blauen Massen, saftigen Matten und dunklen Coniferengehölzen.

„So jung erscheint hier die Natur“, meinte Gisela, „so unberührt von allem häßlichen und Glädeligen.“

„Ein Land zum Gesunden, nicht wahr?“ stimmte Otto Weinbauer bei. „Hier muß sich ein überreicher, hin- und hergerissener sin der siecle-Mensch wieder auf sich selbst besinnen. Hier hab' ich mir schon so manches Mal Kraft zum Weiterleben, Weiterkämpfen geholt.“

„Immer höher stiegen sie hinan.“

Das grüne Thal war jetzt verschwunden. Die Natur ringsumher wurde immer rauher, spröder, Nur kahle Felsen, Geröll, spärliche Alpenflora.

Ruhiges Gemüthes schritten die beiden Wanderer nebeneinander her, in frischer, unternehmungslustiger, kühler Frühmorgenstimmung. Fast war es wieder wie in früheren Zeiten.

Jetzt blieb Gisela stehen und kletterte dann behende eine rasenbewachsene Senke hinab.

„Was soll Ihnen denn ein?“ rief Otto ihr nach.

„Genziana nivalis“, antwortete sie triumphierend und hielt ihm, zurückkehrend, eine zierliche tiefblaue Blüte entgegen. „Die hatte ich schon lange gesucht.“

„Schade, das geht mir ganz ab“, sagte er, „diese reine Freude am Leblosen und an der niederen Natur. Mich interessiert im lehren Grunde immer doch nur das närrische Chamäleon, Mensch genannt. Sie sind vielseitiger.“

Sie lächelte. „Für Zersplitterung geneigt, nicht wahr? Und doch — wenn ich ein Kind zu erziehen hätte, ich würde möglichst vielerlei Interessen in ihm pflegen. Es ist das eine Art Sicherheit für Leben. Man schafft sich einen großen Vorraum von Glück-Möglichkeiten.“

„Sophrosyne“, sagte er halblaut vor sich hin.

„Was ist das?“

„Ja, wie soll ich das genau erklären? Eine heitere Stille des Gemüths, jener Frohsinn des Weisen, der das Beste im Leben ist.“

Sie zog ärgerlich die Augenbrauen zusammen.

„Ach Thorheit, — ich! Gerade wie Ihr Bruder, der immer von meinen goldenen Augen spricht, — als ob ich das Leben in ewigem Sonnenglanz strahlen sähe. Gott, und wie erscheint es mir oft so todestraurig! Ihr Bruder ist kein Menschenkenner.“

„Und doch hat er Recht mit den goldenen Augen. Die können sehr wohl weinen. Der Goldglanz durch Thränen geläutert. Zu den Oberflächen, Alheit-Füden rechnet ich Sie gewiß nicht. Aber in Ihnen liegt etwas — noch tief verborgen im Untergrund Ihrer Seele — was ich mystische Heiterkeit nennen möchte. Die Fähigkeit freudigen Ja-Sagens zum Leben, auch über das individuelle Glück hinaus. Ach und das ist so was Wunderherrliches!“ (Forts. f.)

(Nachdruck verboten.)

Die das Leben lieben.

Roman von Klaus Ritterland.

53)

(Fortsetzung.)

Der Geist stieg allen ein wenig zu

des Stadtverordneten klarlegen. Er habe nicht behauptet, auch nicht ausdrücklich wollen, daß es gleich wäre, aus welchen Quellen die Steuer genommen werde. Was die Ausführungen des Herrn Schmidt betrifft, so verzichtete er darauf, zu antworten, bittet aber daraus nicht zu folgern, daß Herr Schmidt ihn überzeugt habe.

Nachdem ein fernerer Misverständnis betreffs verständlicher Aussage von noch weiteren Verhandlungen mit den Brauern durch die beteiligten Magistratsmitglieder ausgeklärt worden, bemerkte Stadtv. Körner, er sei von Brauereibesitzern ganz anders informiert. Wohl seien Wünsche berücksichtigt worden, es waren dieselben jedoch nur wünschlicher Natur. Es sei vielleicht bedauerlich, daß jetzt Stadtverordnete gewissermaßen als Anwälte der Brauer auftreten müßten. Wenn wir zu § 4 des Entwurfes kommen, werden wir mit der ganzen Beratung stecken bleiben, da dort viele Abänderungsanträge zu erwarten seien. Er halte deshalb die Commissionsberatung für wünschenswert. Die heutigen Verhandlungen werden ein Resultat nicht zeitigen.

Stadtverordnete Mihlaff berichtet über die Verhandlungen, die er mit dem Vorstand des Brauerverbandes gespielt habe. Man einigte sich über die Bestimmungen des Entwurfes und es blieben nur zwei Punkte frei, in denen der Magistrat nachzog. Wenn gesagt werde, er habe den Entwurf vorzulegen versprochen, so beruhe dies auf einem Misverständnis. Uebrigens sei ihm auch auf Erkundigungen, die er bei Brauern einholen wollte, nicht einmal geantwortet worden.

Herr Schmidt: Er habe nicht daran gedacht, so lange zu reden, daß die Vorlage verschleppt werde, er habe nur den Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Debatte heute nicht zu Ende kommen werde. Wenn der Herr Oberbürgermeister und Herr Kämmerer auf eine Antwort verzichten, so werde ihn das nicht abhalten, nach wie vor seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Stadtverordnete Bauer: Es handele sich hier um eine Steuer, über die schon in anderen Städten Erfahrungen vorliegen. Es liege kein Grund zu einer Commissionsberatung vor, die Sache liege sich ganz leicht im Plenum erledigen. Redner verweist auf den großen Gewinn, der wie bei keinem anderen Artikel beim Bier erzielt wird, auf den Hechtlohn 33 Mark. Wenn auch einige der verkappten Schnapskneipen in Folge der Steuer eingehen würden, so sei das kein Schade. Im Uebrigen sei die Steuer so gering, daß sie kaum die erhobenen Bedenken rechtfertige. Die Wohnungen seien ohnehin schon zweimal besteuert, darauf kann keine höhere Steuer geschlagen werden.

Stadtverordnete Syring erklärt den Antrag Hardtmann als nicht gegen die Geschäftsausordnung verstoßend. Es sei zweifellos zulässig, heute von neuem über Commissionsberatung zu beschließen. Wir sind, glaubt ich, durchweg der Meinung, daß eine Erhöhung der direkten Steuern große Bedenken gegen sich hat, trocken bestehen andererseits bei vielen Bedenken, dieser Steuer zuzustimmen. Auch dem Kämmerer sei sie nicht sympathisch. Die meisten Bedenken richten sich darauf, auf wessen Schultern die Steuer entfallen. Möge man in der Commission Gelegenheit geben, diese Frage näher zu prüfen. Ich glaube, die Steuer wird getragen werden beim einheimischen Bier von den Brauern, beim auswärtigen von den Wirthen; möglich ist es auch, daß auf den Consumenten ein Theil entfällt. Im Uebrigen sei es gleich, ob wir heute oder in zwei bis drei Monaten die Steuer beschließen. Jedenfalls können wir aber unter Hinweis auf die Commissionsberatung sagen, wir haben unser möglichstes gethan, wir haben die Steuer erst nach eingehender Erwägung beschlossen.

Stadtverordnete Klein empfiehlt ebenfalls die Commissionsberatung. Am Freitag habe man lediglich beschlossen, in der Plenarberatung der Vorlage fortzufahren. Das schließe nicht aus, den Antrag auf Commissionsberatung wiederholen, sobald sich bei der Spezialberatung Momente ergeben, welche die Verweisung an eine Commission wünschenswerth erscheinen lassen. Solche Momente erachte er als vorliegend. Es erscheine ihm zweifellos, daß die Details der Biersteuer-Ordnung sich im Plenum nicht würden glatt erledigen lassen. Aus zeitökonomischen Rücksichten empfiehlt er die Vorberatung derselben in einer Commission. Der größte Theil der heutigen Debatte werde sich ohnehin voraussichtlich nach der Commissionsberatung wiederholen.

Stadtverordnete Davidsohn: Wenn es sich nur darum handeln würde, in der Commission die Details zu klären, so könnte er sich eventuell für eine Commissionsberatung erwärmen. Aber welche Anträge werden gestellt? Stadtverordnete Schmidt will die Beratung von neuen Steuerprojekten der Commission aufbürden, die Brauer sollen werden, ebenso die Wirth; was hier in den zwei Sitzungen erörtert worden ist, wird in der Commission wiederholt werden. Er möchte die Sache nicht befürworten. Redner glaubt nicht, daß man mit den Verhandlungen im Plenum stecken bleiben würde. Herr Schmidt habe den Brauern sehr schlechte Dienste geleistet, wenn er sagt, daß sie nur dann concurriren könnten, wenn sie statt 100 Liter 120 abgeben. Er glaube, die Aufführung werde unter allen Umständen durchgeführt, ob nun die Steuer eingeführt werde oder nicht. Auch sein Herz sei nicht von Stein, aber er müsse sagen: Zu keinem Gewerbe ist ein solcher Antrag, wie zum Gastwirtschaftsgewerbe. Es muß also entweder ein sehr bequemes oder ein einträgliches sein. Gehen wir einmal durch die Breitgasse oder Hundegasse; wie vermehren sich da die Wirthshäuser! Wenn man von den „nothleidenden“ Brauern spreche, so erinnere ihn das an die „nothleidenden Landwirthe“ (Heiterkeit). Wenn diejenigen in eigenen Equipagen fahren können, ist es doch unmöglich zu sagen, daß sie so heruntergekommen sind. Die Brauer behaupten, die Wirths könnten die Steuer nicht tragen, die Wirths hingegen sagen, die Brauer könnten die Steuer nicht tragen. Und so gehen sie Arm in Arm gegen die Vorlage vor.

Stadtverordnete Mühlberg: Wenn es richtig wäre, daß auf den Brauern die Steuer stehen bleibe, so wäre er der erste, der gegen die Steuer stimmt, da er es nicht für richtig finden könnte, wenn ein Gewerbe so stark belastet würde. Er glaubt, daß die Steuer nicht auf den Brauern und Wirths hängen bleiben werde. Für ihn sei der bestimmende Punkt der bezüglich der großen und kleinen Fässer. Redner verweist auf die Königsberger Brauereien, welche trock der Fracht hier das Bier billiger liefern als in Königsberg. Das ist der Kampf der großen und mächtigen Brauereien gegen die, welche in kleinen Maßen arbeiten und deshalb naturnäher nicht die Erfolge erzielen können, wie das in allen Gewerben beim Groß- und Kleinbetriebe vorkommt. Durch den Verkauf nach Holzstöcken und Liter würden die hiesigen Brauereien nicht geschädigt, sondern es würde ihnen genügt; es würde eine Gefübung des ganzen Gewerbes dadurch herbeigeführt werden. Wenn er heute auf den Standpunkt stelle, die Beratung im Plenum fortzuführen, so habe dies seinen Grund darin, daß eine Commission zufällig aus lauter Feinden oder Freunden der Vorlage zusammengetroffen sein könnte. Redner wünscht, daß erst das Plenum eine prinzipielle Stellung zu der Vorlage einnehme, etwa durch Abstimmung über § 1, dann könnten eventuell die einzelnen Paragraphen in die Commission verwiesen werden.

Stadtverordnete Hardtmann: Herr Syring habe das Richtige getroffen. Es drängen sich zu jedem Gewerbe übermäßig viele Leute, warum nicht auch zum Gastwirtschaftsgewerbe, wo die Leute ebenfalls etwas zu verdienen glauben.

Stadtverordnete Schmidt: Was Herr Mühlberg behauptet, der Königsberger Brauereien gefragt, treffe nicht zu. Die vorliegenden großen Aktienbierbrauereien müssen einen großen Umsatz haben und liefern nach auswärts zu billigeren Preisen als in Königsberg selbst, um diesen Umsatz zu erreichen. Ob in der Commission eine Einigung erzielt wird und welche, sei gleichgültig.

Stadtverordnete Fuchs steht auch auf dem Standpunkte, daß der ausschlaggebende Punkt der sei, daß dem Antrag mit dem Aufnahmeweile beim Bierverkauf der Brauereien durch die Aufführung ein Ende gemacht werde. Die Brauer müssen doch dieses Aufnahmeweile ebenfalls mitrechnen, würden also 100 Liter netto billiger liefern können. Man habe ihm sogar gesagt, daß in der halben Zonne bis zu 70 Liter enthalten sind. (Hört, hört!) Eine Gefübung des Handels könne nur zu wünschen sein. Die ausgesprochenen Befürchungen seien übertrieben. Im übrigen halte auch er Commissionsberatung für wünschenswert.

Nach einigen weiteren kurzen Bemerkungen der Herren Mihlaff, Syring und Hardtmann wurde dann durch Majoritätsbeschluss die Verweisung der Vorlage an eine Commission von 15 Mitgliedern bestimmt, welche in nächster Sitzung am Montag gewählt werden soll und an deren Verhandlungen sämtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung wie des Magistrats als Zuhörer Theil nehmen können.

Hierauf wurde der Rest der Tagesordnung vom vorigen Freitag glatt und ohne wesentliche Debatten erledigt.

Bedeutungsvoll war vornehmlich der neue Strafen- und Bebauungsplan für das ehemalige Wallgelände südlich vom Hohenthor. Der vor ca. 8 Jahren von dem Geh. Baurath Stübgen aufgestellte Bebauungsplan für dies Gelände, den man schon damals vielfach als für Danzig zu luxuriös erachtete, hat sich auch nach der weiteren Entwicklung dieser Angelegenheit, namentlich nach der Inanspruchnahme des ganzen südlich der Trinitatiskirche befindlichen Terrains für den Militärfiscus als Parade- und Exercirplatz, nicht aufrecht erhalten lassen. Letzterer verlangt auch, daß dieses Terrain nicht von öffentlichen Straßen, außer dem bisherigen Grenadierweg und einer vom „Weißen Thurm“ nach Petershagen führenden Straße, durchschnitten werde. Ferner hat sich die Staatsregierung einen besonderen Baublock an der Reichsbahn zwischen Hundegasse und Vorstädtischen Graben für das neue große Postgebäude reserviert. Der demgemäß aufgestellte, von der Baudeputation und der Festungs-Commission in gemeinschaftlichen Sitzungen berathene und zur Annahme empfohlene Bebauungsplan bestimmt, daß 1) eine an der Straße Dominikswall sich fortsetzende, in sanfter Curve gegen die Stadt bei der Trinitatiskirche geschwungene Ringstraße das Baugelände der Länge nach durchschneide; 2) Querstraßen von der Hundegasse zur Sandgrube, vom Vorstädtischen Graben zum Schwarzen Meer, vom unteren Ende der Fleischergasse nach Petershagen geführt werden. Wegen der Steigungsverhältnisse erhalten die ersten beiden Querstraßen ebenfalls Curven. Die Straßen sollen so angelegt werden, daß der freie Durchblick auf die Fassade der Synagoge und die hintere Giebel der Trinitatiskirche und St. Annenkapelle sowie am südlichen Ende der Reichsbahn nach dem Bischofsberge erhalten bleibt. Vor der Synagoge und der Trinitatiskirche werden die Straßen daher platzartig verbreitert, und zwar die Ringstraße von sonst 20 auf 38 Meter, andere Straßen teils bis 28 resp. 47 Meter. Die Straßen nach der Sandgrube und dem Schwarzen Meer erhalten 16 Meter Breite. 3. Eine wesentliche Umgestaltung erfährt der Heumarkt. Die Provinzialausfahrt soll hier nemlich direkt an den Raduanakanal herangesetzt, der östliche Theil des Platzes für die Bebauung und Straßenanlagen hinzugenommen und so ein rechtlicher Platz geschaffen werden, den im Norden der „Danziger Hof“ und die Muscate'sche Villa, im Süden ein neues Theater- oder sonstiges monumentales Gebäude begrenzen und dessen architektonischen Mittelpunkt das neue Kaiser Wilhelm-Denkmal bilden soll. Auf der östlichen Seite der neuen Ringstraße werden dann eingerichtet: Baublock A mit 45 Meter Tiefe und 4790 Du.-Meter Fläche, Baublock B (Polizeipalais) mit 4130 Du.-Meter Fläche, Baublock C mit 45 Meter Tiefe und 6870 Du.-Meter Fläche; auf der westlichen Seite der Ringstraße die Baublöcke D mit 1900, E mit 8800 und F mit 3200 Du.-Meter Fläche. — Stadtverordnete Bauer referierte über diesen Plan, der nach kurzen Erörterungen von seiner Seite und seitens des Oberbürgermeisters Delbrück einstimmig genehmigt wurde.

Über das Ergebnis des Dienstboten- und Lehrers-Aboements bei den städtischen Krankenanstalten im Stabsjahr 1900 teilte der Präsident mit, daß an Abonnementsgeldern 10 708 Mk. vereinbart und auf Grund des Abonnements 295 Personen an 591 Verpflegungstagen behandelt wurden, für welche nach den bestehenden Kur- und Verpflegungsfächen 9317 Mark zu zahlen gewesen wären.

In Gemäßigkeit des Gemeindebeschlusses vom 24. November 1899 wird dann genehmigt, daß in der Hauptstraße in Langfuhr vor den Grundstücken Servis-Nr. 114 bis einschließlich Nr. 147, in der Baumgartengasse vor den Grundstücken Servis-Nr. 30 bis 38, in der St. Bartholomäi-kirchengasse vor den Grundstücken Servis-Nr. 1 bis 8, vor dem Grundstück Sperlingsgasse Servis-Nr. 23 und vor dem Grundstück Langgarten Servis-Nr. 17 Trottoir auf städtische Kosten hergestellt und sogleich polizeilich unterhalten wird.

Um dem Kleingewerbe die Einführung elektrischer Motoren möglichst zu erleichtern, will der Magistrat solche auf städtische Kosten beschaffen und dann an die Reflectanten gegen monatliche Theilzahlungen abgeben. Er beantragt daher, daß 1) von der Verwaltung des Elektricitätswerks an Stromabnehmer derselben Elektromotoren auf Abzahlung nach Maßgabe bestimmter Bedingungen abgegeben werden; 2. zur Beschaffung der Elektromotoren dem Elektricitätsfonds ein Betrag bis zu 10 000 Mk. aus dem Kapitalanfangsfonds der Stadt zur Verfügung gestellt wird bejußt Abhebung nach Bedarf, Verzinsung und allmäßlicher Rückzahlung. Die Vorlage, welche einer bei der Stabsberatung in der Stadtverordneten-Versammlung gegebenen Anregung entspricht, wird beifällig begrüßt und ebenfalls ohne Widerspruch genehmigt.

Für den als Lehrer hierher berufenen cand. min. Otto Janz aus Culm werden an Reisekosten und Tagegelder 30,12 Mk. für den Erweiterungsbau der Schule in Oestlich-Neusäfde der von der Stadtgemeinde als Grundherr geistlich zu leistende Bauholzwert im Betrage von 1473,50 Mk., für die vom Oesterreichischen Frauenverein hier selbst eingerichteten Haushaltungsschulen (z. B. in der Bezirksschule im Schwartz-Meer und in der Rittergasse) das von diesen be-

nötigte Brennmaterial aus den Beständen der städtischen Volkschulen kostenfrei bewilligt.

Die hiesige Friedrich Wilhelm-Schützengilde begeht, wie gestern Abend mitgetheilt, im August ihr 550 jähriges Bestehen. An der Feier werden die übrigen westpreußischen Schützenvereine Theil nehmen. Neben anderen größen Feierlichkeiten ist auch ein historischer Festzug geplant. Die Gilde hat sich, auf einen gleichen Fall in Königsberg Bezug nehmend, an den Magistrat um Bewilligung von Ehrenpreisen bezw. eines Festbeitrages aus Mitteln der Stadt gewandt. Der Magistrat schlägt vor, derselben zu der Jubiläumsfeier eine Festgabe von 1000 Mk. zu bewilligen, was nach kurzer Erörterung über den Charakter dieses Festes, das historische Verhältnis der Gilde zur Stadt und die Bestimmung der Festgabe zu Ehrenpreisen einstimmig geschieht.

Hierauf wurden auf Antrag der Rechnungsrevolutions-Commission eine Anzahl Jahresrechnungen einzelner Zweige der städtischen Verwaltung pro 1898 und 1899 eingeholt, zu Mitgliedern der Commission für Veranstaaltung des diesjährigen Johannis-Volksfestes die Stadtverordnete Herr Juwelier Arthur Roggah, zum Stellvertreter desselben Herr Optiker Willi Paul, zum Vorsteher der 2. Armen-Commission Herr Gerichtschemiker Hilberbrand, desgleichen der 9. Armen-Commission Herr Böttchermeister Karpenkiel, zu dessen Stellvertreter Herr Glodkowitzer Heinrich Schulz genährt.

Am Montag, 20. Mai, wird die Verfammlung wieder eine Plenarsitzung halten, für welche abermals einige größere Vorlagen, darunter die Neuregelung des Gemeindewahlrechts, die Absendung einer vom Magistrat vorgelegten Petition an den Reichskanzler bezw. der Handelsverträge und des neuen Zolltarifs, ferner der Abschluß eines Vertrages über den Bau der neuen elektrischen Straßenbahn Langfuhr-Brösen, in Aussicht stehen.

Politische Tageschau.

Danzig, 15. Mai.

Fall des „Not“-Brannweinsteuer-gesetzes und Schluß des Reichstages.

Berlin, 15. Mai. Das Haus, ausgenommen die Bänke der Linken, ist nicht belebt. Am Tische des Bundesrates: Graf Bülow, Posadowsky, v. Richthofen, Thielmann.

Der Präsident heißt mit, daß zur Brannweinsteuer-novelle ein Antrag Fischbeck (freil. Volksp.) eingegangen ist, der das bestehende Gesetz auf ein Jahr verlängern will. Ohne Debatte werden die Petitionen, Rechnungssachen, die Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, das Handelsprovisorium mit England und die Verordnung betr. des Soldaten-kehr mit Haiti erledigt.

Es folgt die dritte Beratung der Brannweinsteuer-novelle. Im Hause herrscht lebhafte Bewegung. Über Artikel 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Eine lebhafte Geschäftsausordnungsdebatte entpünkt sich über die Frage, ob die Abgeordneten, welche die namentliche Abstimmung beantragen, im Saale anwesend sein müssen.

Abg. Bachem (Centr.) sagt, es werde interessant sein festzustellen, welche von den Antragstellern nicht im Hause sind.

Abg. Singer (Soc.) hat dagegen nichts einzutun.

Wir wollen das leichte Mittel anwenden, um ein unheilvolles Gesetz zu verhindern.

Abg. Gröber (Centr.) vertritt den Standpunkt, daß sämtliche Unterzeichner des Antrages anwesend sein müssen.

Abg. Richter (freil. Volksp.) widerspricht dieser Auffassung. Im übrigen hätten diejenigen, welche die Brannweinsteuer in die Höhe treiben wollen, hier sein müssen.

Abg. Singer (Soc.) bemerkt, es verstoße gegen die langjährige Praxis des Hauses, daß die Antragsteller anwesend sein müssen.

Abg. Bachem erwidert, das Verfahren der Linken sei ein Hohn auf die Geschäftsausordnung. Auch die Opposition hätte die Pflicht gehabt, am Platze zu sein.

Abg. Richter bemerkt, die Auffassung, daß alle Antragsteller anwesend sein müssen, würde ein schnöder Bruch der Geschäftsausordnung sein.

Abg. Bachem: Die öffentliche Meinung hat ein Interesse daran, zu erfahren, welches die Leute sind, die, um die Geschäfte des Hauses zu vereiteln, einen Antrag unterzeichneten, aber nicht hier sind.

Abg. Richter: Es ist der Mehrheit nicht gelungen, alle Mann heranzubringen, deshalb der Verbruch, der sich gegen uns kehrt.

Als dann spricht noch Abg. Stadttagen (Soc.). So schließt sich die Geschäftsausordnungsdebatte eine ganze Stunde hin. Schließlich ergreift der Präsident Graf Ballerstrem das Wort, um zu erklären, die Geschäftsausordnung enthalte keine positiven Bestimmungen, welche die persönliche Anwesenheit von Antragstellern verlangt. Die bisherige Praxis war allerdings, daß keine Kontrolle ausgeübt wurde. Jedenfalls ist gegen den Antrag auf namentliche Abstimmung nichts einzuwenden. Der Präsident läßt alsdann durch den Schriftführer die 50 Namen der Antragsteller verlesen.

Man tritt nun in die Generaldiscussion ein, an welche sich die Abg. Lücke (B. d. L.), v. Kardorff (Reichsp.), Wurm (Soc.), Richter (freil. Volksp.) und Holtz (Reichsp.) beiheiligen. Sodann wird die namentliche Abstimmung vorgenommen, welche die Anwesenheit von 205 Mitgliedern ergibt. Das Haus ist also beschlußfähig.

Nunmehr wird der Artikel 1 mit 178 gegen 25 Stimmen bei 2 Glimmenthaltungen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Bei der zweiten Abstimmung darüber, ob 25 Prozent Juschlag zur Brannweinsteuer zu erheben sind, wurden nur noch 198 Stimmen, und zwar 179 für, 17 gegen bei zwei Enthaltungen abgegeben. Folglich fehlt eine Stimme an der Beschlusshälfte. Der Präsident Graf Ballerstrem weigerte sich nunmehr, das Wort zur Geschäftsausordnung zu ertheilen, da der Reichstag geschäftsunfähig sei. Hierauf erhob sich Graf Bülow und verlas die kaiserliche Cabinettsordre, wonach der Reichstag bis zum 26. November verlagt ist. Nach einem vom Grafen Ballerstrem ausgetragten Hoch ging der Reichstag auseinander.

Neue „Enthüllungen“ Esterhazys.

Die jüngst erfolgte Veröffentlichung der Memoiren von Alfred Dreyfus scheint der immer noch in London lebende ehemalige Major Esterhazy dazu benutzt zu haben, um sich und seine Wissenschaft um die leidige Dreyfus-Affaire bei allen, die es angeht, abermals in empfehlende Erinnerung zu bringen. Nach der lauten Ankündigung seiner neuen Enthüllungen fühlt man sich durch seine vorläufigen Bekundungen einigermaßen enttäuscht. Eine Pariser Meldung des „Berl. Lokals.“ meidet:

Esterhazys vorliegende Aussage vor dem französischen Consul in London bietet vorläufig unkontrollbare Einzelheiten über die von Esterhazy ausgeführten Befehle der damaligen

Spione des Generalstabes zur Einschüchterung Felix Faures, sowie zur Ausführung jener Fälschungen, welche beweisen sollten, daß Dreyfus das Bordereau nach einer harmlosen Esterhazy-Vorlage geschrieben. Esterhazy bekennt sich als Verfasser des Bordereaus und sucht zu erklären, warum Henry dieses ihm als von Esterhazy stammend auf den ersten Blick erkennbare Schriftstück nicht sofort nach Erhalt verschwinden lassen konnte. Esterhazy bekennt, daß er mit Henry unter Boisdefres und Goneses Leitung stets gemeinsame Sache gemacht habe, und spricht die Erwartung aus, daß der Tag kommen werde, da die volle Wahrheit aus den Bekanntnissen Henrys erhellt werde, die dieser in einem langen Elaborat eine Stunde vor seinem sogenannten Selbstmorde niedergeschrieben. Cavaignac könnte über die Existenz dieses Elaborats Auskunft geben, denn seine Ordination war Henrys letzter Besuch. Der Cavaignac, Boisdefres und Gones zum Sprechen zu zwingen. Ob sie das thun werden, hängt vom weiteren Verlauf der Dinge ab.

Frankfurt a. M., 15. Mai. In der gestrigen Sitzung der Stadtoberhäuptertheile der Oberbürgermeister mit, daß Dr. Eugen Lucius und Frau v. Meister 500 000 Mk. zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke gestiftet haben.

München, 14. Mai. Bei dem zweiten Bataillon d. bayerischen Infanterie-Regiments in Meß ist am 1. Mai noch ein Typhusfall eingegangen, seitdem ist keine Erkrankung mehr vorgekommen. Dagegen befanden sich am 30. April noch 291 Typhuskranken in Behandlung, von denen noch sieben der Krankheit erlegen sind, so daß der Bestand nunmehr 285 beträgt, von denen zur Zeit 248 als Rekonvalescenten zu betrachten sind. Ihre Entlassung aus dem Lazarett ist jedoch erst dann zu erwarten, wenn auf Grund genauer ärztlicher Kontrolle der Eintritt von Rückfällen und die Weiterverbreitung der Krankheit nicht mehr zu befürchten ist.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. Mai.

Wetteraussichten für Donnerstag, 16. Mai, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist bedeckt, starke Winde. Niederschläge. Zunehmende Temperatur. Nachtfrost.

* [Zur Sonntagsruhe.] In der Zeit vom 15. Mai bis 15. September ist für die chemische und die Nahrungs- und Getreidemittel-Industrie infosfern eine Ausnahme von dem Verbot der Sonntagsarbeit zugelassen, als während dieser Zeit der Betrieb der Kohlensäure-Entwickler und der Compresionspumpen an Sonntagen allgemein, also auch in solchen Betrieben gestattet ist, welche die Kohlensäure nicht durch Verbrennen von Coaks entwickeln.

* [Begrüßungstelegramm.] Der Vorstand des Verbandes Ostdeutscher Industrieller hat heute an den neuen Handelsminister Herrn Möller nachstehendes Telegramm gesandt:

Euer Exzellenz gestattet sich der zu einer Sitzung vermittelte Vorstand des Verbandes Ostdeutscher Industrieller anlässlich der Übernahme des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe seinen ehrerbietigen Glückwunsch auszusprechen. Es gereicht uns zu hoher Freude, daß durch Euer Exzellenz Berufung, die von dem weitschauenden Altehr. Gr. Majestät des Kaisers und Königs ein neues bereites Zeugnis giebt, die oberste Fürsprache für jene wichtigen Zweige des nationalen Erwerbslebens in die Hände eines Mannes gelegt ist, der aus langjähriger praktischer Erfahrung zu beurtheilen vermag, was zur Förderung von Industrie und Handel noth ihrt, und der namentlich auch die hohe Bedeutung der industriellen Entwicklung für die wirtschaftliche und culturelle Hebung der Ostmarken in vollem Umfange zu würdigen weiß. Hieraus schöpfen wir die zuversichtliche Hoffnung, daß unsere auf die Förderung der vaterländischen Industrie in den östlichen Provinzen gerichteten Bestrebungen bei Euer Exzellenz nachdrückliche Unterstützung finden werden."

* [Errichtung einer Apothekerkammer.] Beauftragt Errichtung einer westpreußischen Apotheker-Kammer (ähnlich der Aerztekammer) durch freie Wahl der Berufsgenossen wird hier am 24. Mai im "Deutschen Hause" die Jahres-Versammlung des deutschen Apothekervereins für den Regierungsbezirk Danzig stattfinden.

* [Eröffnung der westpr. Landwirtschaftskammer.] Im Saale des Landhauses fand heute Vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Ammerherrn v. Oldenburg-Janusdau die aus Anlaß der landwirtschaftlichen Notlage besetzte außerordentliche Plenarversammlung statt, der u. a. bewohnten: als Vertreter des Oberpräsidenten Ober-Präsidialrat Freiherr von Barnekow und Regierungsrath Busenitz, als Vertreter des hiesigen Regierungspräsidenten Ober-Regierungsrath Dr. Fornet, ferner Regierungsrath v. Jagow-Marienwerder, Polizeipräsident Wessel, Oberbürgermeister Delbrück, Landeshauptmann Hinze, Generallandschafts-Direktor Wehle-Blugow und Dekonomierath Plümke. Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser und verlas dann folgendes vom Herrn Oberpräsidenten eingegangenes Telegramm:

"Wünsche von Herzen, daß aus heutiger Berathung reicher Segen für unsere Provinz erwache."

Herr Regierungsrath Busenitz sprach kurz von den Frostschäden, die unsere Saaten im verlorenen Winter erlitten hätten mit dem Bemerken, daß der Herr Oberpräsident Alles thun werde, um Hilfe zu schaffen. Am meisten sei der Regierungsbezirk Marienwerder getroffen. Ein bezüglicher, vom Herrn Regierungsrath in Marienwerder erststatter Bericht sei auch bereits weiter an den Herrn Landwirtschafts- und den Minister des Innern gegeben und dabei beantragt worden, daß vor allen Dingen den kleineren Besitzern geholfen werden müsse, um sie aufrecht zu erhalten. Herr Regierungsrath v. Jagow-Marienwerder bemerkte, daß er bei seiner Amtübernahme einen schweren Anfang im Bezirk Marienwerder zu machen habe. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß die Arbeiternoth in unserer Provinz im kommenden Herbst wahrscheinlich noch größer werden werde. Er werde daher daran streben, daß für die Schulen auf dem platten Lande von den Sommerferien 14 Tage abgeschränkt und den Herbstferien eingelegt werden, damit die Kinder sich an der Ernte resp. der Ackerbestellung mehr beteiligen können. Mit den Worten: "Meine Herren, ich will nicht verzagen, bitte Sie aber, auch nicht zu verzagen!" schloß Redner. Nachdem nunmehr das Andenken des verstorbenen Eisenbahndirections-präsidenten Greinert durch Erheben von den Plänen geehrt worden war, ging man zu dem eigentlichen Verhandlungsthema über: Berathung und Beschlusshaltung über die Maßnahmen gegen den durch die Auswinterung der Saaten und des Klee in unserer Provinz entstandenen Notstand der Landwirthschaft. Der Vorsitzende bemerkte, der durch die Auswinterung der Saaten etc. entstandene Schaden lasse sich jetzt noch garnicht feststellen; das könne man erst im Juli oder August ermöglichen. Man stehe, wie Redner besürftet, vor einer Katastrophe. Man müsse den Mut nicht sinken lassen und würde dann auch Wege finden, besonders gefährdeten Erträgen aufrecht zu erhalten. Es sei eine Gnade Gottes, daß 6 Kreise unserer Provinz ihre Saaten gut erhalten haben, 19 Kreise seien indessen hart betroffen. Er (Redner) hoffe auf die Unterstüzung der Provinzialbehörden und der Staatsregierung. Herr Ammerherr Riech sahle als dann als Referent für das Berathungsthema Folgendes aus:

Die Landwirtschaftskammer hat eine Nachfrage ge stellt über den Umfang der Frostbeschädigungen. In Regierungsbezirk Danzig sind in vier in Marienwerder in allen Kreisen Schäden vorhanden; bei Roggen 75 Proc., bei Weizen 93 Proc. Als Hilfsmittel ist zu empfehlen eine Brachfernaufzüchtung für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Süden und Westen, und für den Import nach Westpreußen. Für Sommergetreide empfiehlt die Erleichterung der Ausfuhr aus der Provinz. Die Militär-Verwaltung möge größere Vorräte von höher aus Westpreußen ankaufen. Die Forstverwaltung möge Waldstreu und Waldweide hergeben. Der Ankauf von Futtermitteln möge erleichtert werden. Die Rentenzahlungen mögen gestundet werden. Schul- und Kirchenbauten mögen eingestellt werden. Bahnhöfe mögen beschleunigt werden. Bei den Kaiser-Mannövern möge man die Truppen möglichst selber versorgen, um den Landwirten nicht zur Last zu fallen. Möglichst Eisenbahntransporte der Truppen. Möglichst billige Darlehen. Die landwirtschaftliche Darlehnsschafft möge ihren Amortisationsfonds zu Hilfe nehmen zur Staudung der Jinen. Oberbürgermeister Delbrück möge die Danziger Kaufmannschaft eruchen, nach Abschließen für Gerste zu suchen.

Herr Regierungsrath v. Jagow-Marienwerder bemerkte, daß die Regierung mit den Anträgen einverstanden sei. Er habe die Herabelegung der Tarife beantragt, auch die Abgabe von Waldstreu und Waldweide. Der Herr Landschafts-Director wird Ihnen leiser nachweisen, daß eine Stundung nicht angängig ist. Die Magazinverpflegung für Pferde habe ich beantragt, für Mannschaften nicht, weil die Magazinverpflegung doch meist zu spät kommt. Die Frage des Darlehen wird gefordert werden.

Herr v. Oldenburg dankt dem Regierungspräsidenten. Herr Generallandschaftsdirektor Wehle erklärt, daß es unmöglich ist, die Jinen (8-9 Millionen) zu stunden. Das wäre ein schwerer Schlag für die westpr. Landwirtschaft. — Herr Gropius: Was jetzt empfohlen wird, ist Butter auf einem harten Stein. Wir gebrauchen viel wirkungsvolle Hilfe und müssen einen Immediateovertag bei dem Kaiser nachsuchen, um ihm den allgemeinen dauernden Notstand klar zu legen. — Herr v. Oldenburg: Die ausreichende Hilfe soll in der Gewährung großer Darlehen bestehen, die vom Abgeordnetenhaus bewilligt werden sollen. Selbstverständlich sind auch diese Mittel nur kleine.

Landwirtschaftsrat Pässler meint auf den erfreulichen Besuchstand der kleinen Landwirthschaft hin. Hier könne mit Kraftfutter geholfen werden, das billig geliefert werden müsse. — Die Herren Pferdemenges und v. Oldenburg empfehlen den Ankauf von Saatgetreide durch die Kreise, Herr Rohrbach den frühzeitigen Ankauf von Saatgetreide durch die Landwirtschaftskammer. Noch wichtiger sei die Beschaffung von Deputatgetreide. 325 000 Tons Getreide brauchen wir für diesen Zweck. Der Notstand wird wohl erst in Februar und März kommen und nicht so sehr schlimm werden. Herr Steinmeyer entgegnet, der Notstand sei bei Manchen schon jetzt vorhanden. — Herr Weil schlägt vor, vor der Einziehung der Reserven zum Kaiser-Mannöver abzusehen, worauf der Vorsitzende bemerkt, Arbeitskräfte seien jetzt genügend vorhanden. Die Landwirtschaftskammer werde bei den Kreisen anfragen, ob sie selber den Ankauf von Saatgetreide in die Hand nehmen wollen. — Herr v. Aech schlägt noch vor, man möge den Vorsitzenden beauftragen, Aubien beim Minister nachzufragen.

Herr Dekonomierath Steinmeyer verlas darauf die Anträge des Referenten, welche auch angenommen wurden. Die Magazinverpflegung jedoch wird nur für Pferde gewünscht. Die baaren Unterstützungen werden auch für größere Landwirthschaft erbeten. Die Schul- und Kirchenbauten sollen nur auf Antrag zurückgestellt werden. Die Landwirtschaftskammer wird beauftragt, sich mit den Landräthen und Regierungspräsidenten der Provinz in Verbindung zu setzen und bei dem Herrn Minister Audienz nachzusuchen.

Damit wurde die Sitzung geschlossen.

* [Von der Weichsel.] An amtlicher Stelle lagen heute folgende Meldungen über Wasserstände vor: Thorn 1,10, Tordön 1,18, Culm 0,96, Graudenz 1,48, Aurzibrack 1,74, Pieckel 1,58, Dirschau 1,80, Einlage 2,08, Schiemendorf 2,18, Marienburg 1,22, Wolfsdorf 1,14 Meter.

* [Besuch.] Die Schüler der höheren Klassen des Graudener Gymnasiums trafen heute in unserer Stadt ein und nahmen unter Führung ihrer Lehrer unsere baulichen Gehörsamkeiten in Augenschein.

* [Begräbnis.] Ein großes Trauergesetz geleitete heute Vormittag den noch in rüstigsten Mannesalter verstorbenen Herrn Kaufmann Emil Roennenkamp zur letzten Ruhestätte nach dem St. Marienkirchhof. Der Verstorbene war lange Jahre Vorsitzender der Ortskrankenkasse der vereinigten Fabrik- und Gewerbebetriebe, auch Gründer und Vorsitzender des Verbands der Danziger Krankenkassen, gehörte ferner geraume Zeit zu dem Vorstande des westpr. Fischer-Vereins.

* [Fettviehverwertungs-Genossenschaft.] Nach der Bilanz der Fettviehverwertungs-Genossenschaft Schönebeck pro 1900 betragen die Aktiva 3058,68 Mk., die Passiva 3242,29 Mk., mithin war ein Verlust von 183,61 Mk., zu verzeichnen. Die Genossenschaft hatte am Schluß des vorigen Jahres 519 Genossen mit 632 Geschäftsantheiten und 31 600 Mk. Haftsumme.

* [Tierseuche.] Unter dem Schweinebestande der Molkerei Hohenstein (Kreis Dirschau) ist die Schweine-seuche festgestellt worden.

* [Luftbarkeitssteuern.] Die Minister der Finanzen und des Innern empfehlen durch einen Erlass den Gemeinden, in bestehende und künftig zu erlassende Luftbarkeitssteueroberungen Bestimmungen des Inhalts aufzunehmen, daß Luftbarkeiten, welche zur Feier patriotischer Feste, insbesondere des Königsgeburtstages veranstaltet werden, steuerfrei bleiben, falls sie an dem Gedenk- bzw. Geburtstage stattfinden. Findet die patriotische Feier nicht am Gedenktag selbst statt, so soll der Magistrat bezw. Gemeindevorsteher ermächtigt werden, nach pflichtmäßiger Ermessen die Steuer zu erlassen. Letztere Bestimmung hat den Zweck, zu verhindern, daß ein patriotischer Gedenktag lediglich in der Absicht der Steuerhinterziehung zum Vorwand einer Festlichkeit genommen wird.

* [Ordensverleihungen.] Dem Grenz-Ausseher Emil Schaefer zu Neuschnaßau ist die Rettungsmedaille am Bande und dem Rittergutsbesitzer Rossmach auf Altstadt-Memel der rothe Adlerorden 4. Klasse verliehen worden.

* [Personalien bei der Militärverwaltung.] A. Schallek, bisher Militär-Hilfslehrer in Bries, und bis August 1900 Curator am hiesigen St. Marien-Krankenhaus, ist zum Divisionsparrer der 11. Division desgleichen ernannt worden.

* [Gau-Turnfest.] Der Gau-Turnrath des Unterweichselgaus des Deutschen Turnerschaft hielt am Sonntag in Graudenz eine Sitzung ab, in welcher über das in Graudenz abzuholende Gau-Turnfest berathen wurde. Das Fest soll vom 29. Juni bis 1. Juli auf dem Gelände des Schützenhauses stattfinden.

* [Schwurgericht.] Mit dem heutigen Tage erreichte die diesmalige Schwurgerichtsperiode ihr Ende. Verhandelt wurde heute gegen den Postverwalter Adalbert Kraetschmann aus Hohenstein wegen Unterschlagung amtlicher Gelder. Der Angeklagte ist seit 1877 Postverwalter, zuletzt fungierte er in Hohenstein als Postverwalter. In dieser Eigenschaft hat er vom April

1900 bis Januar d. Js. ca. 3000 Mk. unterschlagen. Um die Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er das Einnahme- und Gastabuch. Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig, die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen begangen zu haben. Er entschuldigt sich damit, daß er Schulden zu bezahlen hatte und von seinen Gläubigern sehr bedrängt wurde. In Schulden ist er durch seine Militärdienstzeit dadurch, daß er sich mit einem armen Mädchen verheirathete und die Aussteuer aufzehren mußte, und durch Krankheiten in seiner Familie gerathen. Entdeckt wurden die Unterschläge des Angeklagten bei einer durch den Postinspektor Herrn Ladeburg am 10. April d. J. vorgenommenen Revision der Postkasse zu Hohenstein. Das Gehalt des Angeklagten belief sich anfangs auf 1100 Mk., und seit dem 1. Januar d. J. auf 2500 Mk. pro Jahr und Wohnungsgeldzuschuß. Vom Postinspektor Herrn Ladeburg wird dem Angeklagten das Zeugnis eines fleißigen und zuverlässigen Beamten ausgestellt, der auch das Vertrauen der Oberpostdirektion besaß, so daß bei ihm nur einmal im Jahre eine Revision der Kasse vorgenommen wurde. Einige weitere Zeugen werden über die Schulden des Angeklagten vernommen und bestätigen dessen Angaben. Auch wird festgestellt, daß der Angeklagte sich bemüht hat, ein Darlehen zu erhalten, um den Fehlbetrag in der Postkasse zu decken, und daß er nicht über seine Verhältnisse gelebt hat. Die Geschworenen erkannten auf schuldig der Unterschlagung im Amt in Verbindung mit falscher Buchführung, billigten ihm jedoch auf Antrag des Staatsanwaltshauses die Vertheidigung mildernde Umstände zu. Das Gericht bemahnt darauf die Strafe mit neun Monat Gefängniß.

* [Wohennachweis der Bevölkerungs-Borgänge vom 5. bis 11. Mai 1901.] Lebendgeboren 54 männliche, 40 weibliche, insgesamt 94 Kinder. Todgeboren 1 männliche, 1 weibliche, insgesamt 2 Kinder. Gestorbene (auschließlich Todgeborene): 32 männliche, 20 weibliche, insgesamt 52 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 11 ehelich, 1 außerehelich geborenes. Todesursachen: Scharlach 1, acute Darmkrankheiten einschl. Brechdurchfall 3, darüber a) Brechdurchfall aller Altersklassen 3, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 3, Kindbett- (Puerperal-) Fieber 2, Lungenschwundjuck 2, acute Erkrankungen der Atmungsorgane 2, alle übrigen Krankheiten 40, darunter Krebs 2 Fälle, gewaltsamer Tod: Verunglüchung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 2.

[Polizeibericht für den 15. Mai 1901.] Verhaftet: 9 Personen, darunter 1 Person wegen Heuerunterschlagung, 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Körperverletzung, 1 Person wegen Widerstandes, 1 Person wegen Trunkenheit, 4 Personen wegen Unfugs. — Obdachlos: 3. — Gefunden: 1 schwere Hemmhemme, 1 silberne Brosche (Kreuz, Anker, Herz), 1 Papierbeutel, enthaltend: 1 Strohhut, 1 rothe Schürze, 1 Päckchen Spicen und eine Rolle Garn, am 14. April cr. 1 schwarze Ledertasche, enthaltend: 1 braunes Portemonnaie mit 18 Mk. 43 Pf. abzuholen aus dem Fundbüro der königl. Polizeidirection. Am 2. April cr. ein Coupon über 60 Mk., abzuholen vom Commiss Herrn Rosenberg, Fischmarkt Nr. 38. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgerufen, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbüro der königl. Polizeidirection zu melden.

Verloren: 1 braunes Portemonnaie mit 3 Mk. 70 Pf. 1 neuer schwarzer Glacéhandschuh, 1 goldene Damenuhr mit kurzer Kette und Quaste, 1 Buch „Quo vadis“, 1 goldene Damenuhr, Monogramm M. A., mit zweireihiger Kette und Herz, am 5. April cr. 1 hellbraunes Portemonnaie mit 20 Mk. 90 Pf. und Briefmarken, am 4. April cr. 1 goldene Damen-Remontoirkuh in Muschelform an einer Kette, am 7. April cr. 1 goldene Damen-Remontoirkuh Nr. 0585, abzugeben im Fundbüro der königl. Polizei-Direction.

Breslau, 15. Mai. Gestern durchzog die polnische Wallfahrtscompagnie von Oliva aus unseres Orts, um Morgen in Neustadt zu sein. Die Führung hatte Herr Kaplan Schönke aus Oliva. Die Beteiligung war größer als bei der vor etwa zwei Wochen stattgefundenen deutschen Wallfahrt.

Elbing, 14. Mai. Der Kaiser trifft am kommenden Sonntag zu kurzem Aufenthalt in Cadien ein. Von Cadien begibt er sich der Kaiser nach Prökelwitz zur Jagd, von wo am 25. Mai die Rückreise erfolgt.

in Neumark, 14. Mai. Der Stand der Winterfaaden im hiesigen Kreise ist mit vereinzelten Ausnahmen durchweg als ein sehr schlechter zu bezeichnen; der allgemeine Theil hat umgestüft werden müssen. In Folge dessen hat der Herr Landrat eine Umfrage durch die Herren Amtsvorsteher und Bürgermeister des Kreises an die Landwirthschaft gerichtet, um einen zur Ergreifung von Abhilfemaßregeln notwendigen Überblick zu gewinnen über die Schäden, welche der Landwirtschaft durch das Frostwetter des letzten Winters erwachsen sind und weiter erwachsen werden.

Könitz, 15. Mai. (Tel.) Rechtsanwalt Lohwasser in Schloßau ist unter der Beihilfeigung der Unterstechung und Untreue gestorben verhaftet worden.

Könitz, 14. Mai. Die im Vertrage von Gustav Ad. Denwald in Berlin vor einiger Zeit erschienenen Schauer-Käufleinstochteren, welche die „Abschlachtung des Ernst Winter“ darstellen sollen, wurden bekanntlich in Könitz und anderweitig in großen Mengen, zunächst ungehindert, vertrieben, bis die Polizei dem Treiben durch Confiscation Einhalt gebot. Dies ist gegen Dewald und Genossen wegen der Anfertigung und des Vertriebes qu. Kästen ein Strafverfahren eröffnet worden. Eine ganze Anzahl hiesiger Geschäftsanitäten, die sich mit dem Verkauf der Kästen beschäftigen, wurden heute gerichtet als Angeklagte.

Könitz, 14. Mai. Heute Nachmittag gegen 5 Uhr brach auf bisher unaufgeklärte Weise im ersten Stockwerk des in der Mauerstraße IV belegenen, der Witwe Wilhelmine Boßow gehörigen Hausgrundstückes Nr. 184 Feuer aus. Dasselbe griff derartig rasch um sich, daß binnen wenigen Stunden das Wohngebäude bis auf die Ummauerung ausgebrennt war. Letztere mußten im Interesse der öffentlichen Sicherheit eingerissen werden. Die Konizker freiwillige Feuerwehr war sofort zur Stelle. Den läufigen Löscharbeiten dieser Wehr ist es zu danken, daß die Feuergefahr größere Dimensionen nicht annahm. Schon waren durch Flugfeuer Giebel und Dächer benachbarter Hausgrundstücke in Mitleidenschaft gezogen. Unvermeidlich war es bei den Feuerarbeiten, daß das Dach des Simonshausen hintergebäudes stark beschädigt wurde. Auch das Gartenthalshaus des Fleischermeisters Max Stanulski hat gelitten. Ein ausgesprengtes Gerüst, Menschenleben hätten in Gefahr geschwebt, ein fast bewußloses Kind sei gerettet u. s. w., bewahrheitete sich nicht. Bei den Feuerarbeiten haben sich die Feuerwehrleute Paul Simon und Georg Funke erhebliche Verlebungen zugezogen und wurden ärztlicherseits verbunden. Die Gebäude waren verschiefert, das Mobiliar dagegen nicht. Von Möbeln und Kleidern, auch der übrigen Einwohner -größenheits in beschränkten Verhältnissen lebenden Leuten - ist fast nichts gerettet. Die Ersparnisse der Witwe Boßow und deren Tochter, einer fleißigen Schneiderin, die außerhalb beschäftigt war, sind mittlerweile abgeschrieben.

Könitz, 14. Mai. Vor dem hiesigen Schwurgericht begann gestern der schon mehrmals vertagte Strafprozeß gegen den Kreis-Communalkassen-Rendanten Wilhelm Arpke aus Belgard wegen Unterschlagung amtlicher Gelder. Der Angeklagte ist seit 1877 Postverwalter, zuletzt fungierte er in Hohenstein als Postverwalter. In dieser Eigenschaft hat er vom April

1900 bis Januar d. Js. ca. 3000 Mk. unterschlagen. Um die Unterschlagungen zu verdecken, fälschte er das Einnahme- und Gastabuch. Der Angeklagte ist in vollem Umfange geständig, die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen begangen zu haben. Er entschuldigt sich damit, daß er Schulden zu bezahlen hatte und von seinen Gläubigern sehr bedrängt wurde. In Schulden ist er durch seine Militärdienstzeit dadurch, daß er sich mit einem armen Mädchen verheirathete und die Aussteuer aufzehren mußte, und durch Krankheiten in seiner Familie gerathen. Entdeckt wurden die Unterschläge des Angeklagten bei einer durch den Postinspektor Herrn Ladeburg am 10. April d. J. vorgenommenen Revision der Post

Wethaus der Brüdergemeinde, Johannisgasse 18.
Abends 6 Uhr Herr Prediger Pudmenks.
Heil. - Geistkirche (ev.-luth. Gemeinde). Vormittags
10 Uhr Predigtgottesdienst und Feier des Heiligen
Abendmahlstes Herr Pastor Witzmann. Beichte um
9½ Uhr. Nachmittags 3 Uhr Prüfung der Con-
firmanden derselbe.

Ev.-luth. Kirche, Heil. Geistgasse 94. 10 Uhr Haupt-
gottesdienst Herr Prediger Dunker. 3 Uhr Desper-
gottesdienst derselbe.

Saal der Abegiftung, Mauergang 3. Abends

7 Uhr christliche Vereinigung Herr Divisionspfarrer

Gruhl.

Missionssaal Paradiesgasse 33. 9 Uhr Morgens

Gebetsstunde, 6 Uhr Abends Evangelisations-Vor-

fassung. Freitag, 8 Uhr Abends, Gebetsstunde

des Jugendverbands.

St. Hedwigskirche in Neusahnerwasser. Vormittags

9½ Uhr Hochamt und Predigt Herr Pfarrer Reimann.

Baptisten-Kirche, Schleifstange Nr. 13/14. Vor-

mittags 9½ Uhr Predigt.

Methodisten-Gemeinde, Topengasse 15. Vormittags

9½ Uhr Predigt.

St. Georgskirche zu Ohra. Vorm. 9 Uhr Beichte

Herr Pfarrer Alesfeld. 9½ Uhr Gottesdienst der

selbe. Nachmittags 2 Uhr Gottesdienst Herr Pfarrer

Niemann.

Schidlich, Turnhalle der Bezirks-Mädchen-Schule.

Vormittags 10 Uhr Gottesdienst Herr Prediger

Hofmann. Beichte und heil. Abendmahl nach dem

Gottesdienst.

Freie religiöse Gemeinde. Scherler'sche Aula, Poggen-

puhl 16. Vormittags 10 Uhr hr. Prediger Prengel:

Einführungssfest.

Standesamt vom 15. Mai.

Geburten: Königlicher Eisenbahndirektor Wilhelm

Hennig, S. - Restaurateur Eugen Sachert, L.

Restaurateur Julius Altinge, S. - Schlossergeselle

August Alois, L. - Stauer Karl Seeger, S.

Verlobungen: Königlicher Eisenbahndirektor Wilhelm

Hennig, S. - Restaurateur Eugen Sachert, L.

Restaurateur Julius Altinge, S. - Schlossergeselle

August Alois, L. - Stauer Karl Seeger, S.

Festtag, den 24. Mai, Vormittags 10½ Uhr,

im obere Saale des Restaurants

zum Deutschen Hause statt.

Hauptgegenstand

der Berathung ist die durch die Kabinetsordre vom

2. Februar 1901 angeordnete

Errichtung von Apotheker-

kammern

durch freie Wahl der Berufsgenossen.

Wahlberechtigt und wählbar nach der Kabinetsordre

sind: Besitzer und Verwalter einer Apotheke, staatlich

beamte und Militär-Apotheker, approbierte Apotheker-

gehilfen und diejenigen Apotheker, welche die Ausübung

des Apothekerberufs nicht mehr betreiben, sofern sie sich

nicht einem anderen Berufe zugemeldet haben.

Es werden hiermit alle Wahlberechtigten o. Regier-

Bezirks Danzig zu obiger Versammlung eingeladen mit

der dringenden Bitte zu erscheinen in Anbetracht der

Wichtigkeit dieser Angelegenheit für den Apothekerberuf.

Danzig, den 14. Mai 1901. (6013)

Der Kreisvorsteher.

C. Hildebrand.

In meinem

Umzugs-Ausverkauf

habe unter anderem

einen Posten

Servier- und

Anrichtetische

im Preise bedeutend

zurückgesetzt!

(5768)

L. Cuttner's

Möbelmagazin,

Langenmarkt 2, I. u. II. Et.

GARANTIRT WASSERDICHE

GUMMI-MÄNTEL

Carl Bindel-Danzig.

Rud. Mischke-Danzig.

Verzinkte Drahtgeflechte

in allen gangbaren Breiten und Maschenweiten,

von M. 9,00 für 50 Mtr. an,

schwarze Drahtgewebe, blaue Drahtgaze,

verzinkten Stacheldraht,

mit eng und weit besetzten Stacheln,

glatten Zaundraht, roh und verzinkt,

verzinktes Spalierdraht, in allen Stärken

empfiehlt zu billigsten Preisen (5150)

Rud. Mischke,

Inhaber Otto Dubke,

Langgasse No. 5.

Ein wahrer Schatz

für alle durch jugendliche

Vorkrankheiten Erkrankte ist das

berühmte Werk:

Dr. Bettau's Selbstbewährung

81. Aufl. Mit 27 Abbild.

3 Mark. Lese es jeder, der an

den Folgen solcher Laster

dankbar ist. Tausende sind

dankbar Ihre Wiederher-

stellung. Zu beziehen durch

das Verlags-Magazin in

Leipzig, Neumarkt 21,

sowie durch jede Buchhandlung.

Ein junger Mann sucht als

Geschäftsdienner

oder bergl. Stellung von sofort

häufig gesehene Alte und Färben 44-46 M.

oder gering genährte Alte und Färben 39-42 M.

328 Räuber: a) feinstes Masthäuser (Doll-Mast- und

beste Gaughäuser 75-77 M.; b) mittlere Masthäuser

und gute Gaughäuser 64-68 M.; c) geringe Gaughäuser

58-62 M.; d) ältere gering genährte (Fresser)

40-47 M.

723 Schafe: a) Mastlämmen und jüngere Mast-

lämmel 60-63 M.; b) ältere Masthammel 51-58 M;

c) mäßig genährte Masthammel und Schafe (Merkelsche)

47-50 M.; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebend-

gewicht) - M.

11 332 Schweine: a) vollfleischige der seineren Rassen

und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1½ Jahren

52-53 M.; b) Räber - M.; c) fleischige 50-

51 M.; d) gering entwickelte 47-49 M.; e) Sauen

46-47 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr

200 Stück unverkauft.

Räuber. Der Räberhandel gestaltete sich anfangs

ziemlich glatt, verlaute aber zum Schluss ein wenig.

Schafe. Bei den Schafen fanden ungefähr

200 Stück Abfall.

Schweine. Der Schweinemarkt verlief langsam und

wird kaum ganz geräumt. Fette Waare vernachlässigt.

Schiffssliste.

Neusahnerwasser, 14. Mai 1901. Wind: N.

Ankommen: Violet (SD.), Wilson, Newcastle,

Kohlen. - Ans. Puhling, Nantes, Holt. - Königin

Elizabeth Louise, Major, Grimsby, Holt. - Unter-

weifer 10 (SD.), Hollenau, leer. - Bettin (SD.),

Arling, Röde, Holt.

Den 15. Mai. Wind: N.

Gegelget: Beta (SD.), Levin, Cardiff, Holt.

Ankommen: Dampfer "Blanchland".

Verantwortlicher Redakteur A. Klein in Danzig.

Druck und Verlag von h. L. Alexander in Danzig.

Zimmergeselle Johann Elmansi, L. - Arbeiter Friedrich Marquardt, L. - Schneidermeister Karl Fleischer, L. - Maschinenschreiber Gustav Hutt und Meta Janowski. - Maschinenschreiber Johannes Kübler und Martha Preuß. - Schlosser Joseph Biernath und Anna Paulat. - Gänsmilch hier.

Todesfälle: Witwe Henriette Charlotte Rhode.

Verwaltungsschreiber Gustav Hutt und Meta Janowski. - Maschinenschreiber Johannes Kübler und Martha Preuß. - Schlosser Joseph Biernath und Anna Paulat. - Gänsmilch hier.

Ritter: Kaufmann Emil Moderegger und Helene Jungfer, geb. Kamblin, 79 J. 3 M. - L. d. Schlosser gesellen Johann Kowalski, 4 M. - S. d. Arbeiters Adolf Janowski, 3 J. 10 M. - S. d. Schuhmachers Johann Halsar, 10 M. - Gasmonteur Ernst Eugen Rudolf Sahamowski, 22 J. 8 M. - Arbeiter Hermann Hahn, 56 J. 3 M. - Arbeiter Andreas Steinhardt, 79 J. 4 M. - Witwe Henriette Dorothea Horbarth, geb. Richter, 87 J. 8 M. - Unehel.: 1 S. 1 L.

Danziper Börse vom 15. Mai.

Weizen ruhig, unverändert. Bezahlte wurde für in-

ländischen hochbunt 771 Gr. 173 M. für russischen zum

transit hochbunt 756 Gr. 138 M. Chirka 766 Gr.

133 M. per Tonne.

Roggen niedriger. Bezahlte ist inländischer 744 Gr.

137 M. 738 Gr. 135 M., 708, 720 und 728 Gr. 134½ M.

russ. zum Transit 691, 717 und 726 Gr. 97½ M.

Alles per 714 Gr. per Tonne. - Gerste ohne handel.

- Hafer inländischer 138, 140, 141, 142 M. russ. zum

Transit 102, 108 M. per 10. bez. - Gerste russ. zum

Transit Victoria kleine 148 M. per Tonne gehandelt.

Lupinen polnische zum Transit blau, 90 M. per

Tonne bezahlt. - Leinukuchen russ. 5,90 M. per